

Festrede
von Frau Regierungspräsidentin
Anne Lütkes
anlässlich des Herbstempfangs
der Handwerkskammer Düsseldorf
am 24. November 2010 zum Thema
„Der Regierungsbezirk Düsseldorf und das Handwerk
– ein starkes
Stück Nordrhein-Westfalen“

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin sehr geehrt, auf dem diesjährigen Herbstempfang der Handwerkskammer Düsseldorf die Festrede halten zu dürfen.

Seit etwa drei Monaten bin ich nun die Leiterin der größten Bündelungsbehörde Deutschlands, Entscheidungsinstanz, Beratungsstelle, Planungsbehörde, Aufsicht.

In unzähligen Lebenssachverhalten.

Eine Aufgabenverantwortung, die für die Zukunft NRWs handelt und Ihnen, dem Handwerk Dienstleister sein will.

Mit seinen rund 770.000 kleinen und mittleren Unternehmen ist Nordrhein-Westfalen ein Land des Mittelstandes geworden. Sie stehen heute für 79,2 % der Arbeitsplätze, 82,7 % der Ausbildungsplätze und 42,0 % der wirtschaftlichen Leistung.

In Deutschland sind es rund 3,7 Mio. mittelständische Unternehmen, davon 967.200 Handwerksbetriebe (*siehe IfM 2009*). Unternehmen mit einem Jahresumsatz von unter 50 Mio. Euro und mit weniger als 500 Beschäftigten.

Alleine in den 181.000 Handwerksbetrieben unseres Landes sind über 980.000 Menschen beschäftigt.

Sie erwirtschaften einen Jahresumsatz von 103,3 Mrd. Euro. Das Handwerk ist damit ein besonders starker Wirtschaftsbereich (*alle Angaben lt. IfM 2009*). Im Regierungsbezirk Düsseldorf sind es rund 54.762 Betriebe mit 302.872 Beschäftigten (*lt. HWK Düsseldorf 2010*).

Kleine und mittlere Unternehmen in all ihren Facetten – also gerade das Handwerk sind/ist eine entscheidende Säule der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Dies ist oft proklamiert worden. Die jetzige Landesregierung nimmt dies sehr ernst und will den Mittelstand stärken, um für Wachstum, Innovation und Beschäftigung Impulse zu setzen.

Dazu will sie

- ein neues Mittelstandsgesetz erarbeiten, das der Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen gerecht wird. Das Gesetz wird mittelstandsfreundliche Vergabeverfahren befördern, einen kontinuierlichen Mittelstandsdialog und eine Anlaufstelle für "diversity-management" im Wirtschaftsministerium etablieren sowie Vorschläge für eine mittelstandsfreundlichere Verwaltung entwickeln.

Ziel ist eine Regelungsdichte, die unternehmerische Initiativen befördert und dabei gleichzeitig den Belangen der Beschäftigten nach Arbeitssicherheit und den Anforderungen des Verbraucher- und Umweltschutzes Rechnung trägt.

Zudem will sie

- gemeinsam mit der NRW.Bank die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen passgenauer gestalten und einer möglichen Kreditklemme entgegenzutreten.
- speziell für Sie, das Handwerk soll das 1995 eingeführte und seitdem überaus erfolgreiche Programm „Meistergründungsprämie“ fortgeführt und im Dialog mit dem Handwerk durch weitere Initiativen ergänzt werden.

Auch über das Handwerk hinaus sollen Kleinunternehmen mit Beratung checks einen vereinfachten Zugang zu Beratungsdienstleistungen erhalten.

Sie will zudem beispielsweise

- in Abstimmung mit den Kommunen ein neues EU-konformes Tariftreuegesetz entwickeln, das weder bei den Kommunen noch in den Unternehmen zu bürokratischen Durchführungshemmnissen führt.

Tariftreue bedeutet fairer Wettbewerb – international und vor Ort. Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen schützt Arbeitnehmer wie Unternehmen vor Lohn-dumping und Wettbewerbsverzerrung.

sowie

- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Landes und seiner Behörden sollen die Möglichkeiten genutzt werden, stärker auf ökologische und soziale Kriterien sowie Genderaspekte zu achten
- ein Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräftesicherung im Mittelstand ist auch noch beabsichtigt

Diese Handlungsansätze sind notwendig.

In unserer Region leben Menschen mit Kreativität, Visionen und Fähigkeiten, die sie in das Marktgeschehen einbringen. Neue innovative Produkte, Prozesse und Dienstleistungen eröffnen der Wirtschaft zahlreiche Geschäftspotenziale. Deshalb müssen wir stets und ständig das Klima für Selbständigkeit und Innovationen verbessern.

Bereits in den Schulen und Universitäten müssen die Jugendlichen mit unternehmerischen Fragestellungen vertraut gemacht werden. Ein solides Fundament hierfür ist vorhanden, wie bereits vor Jahren eine FORSA-Umfrage von jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren ergeben hat. Fast zwei Drittel der Befragten konnten sich vorstellen, später einmal ein mittelständisches Unternehmen zu gründen.

Handwerk und Ausbildung ist deshalb für die Zukunft unseres Landes ein wichtiges Begriffspaar.

Meine Damen und Herren,

im Jahre 2009 gab es 97.250 Ausbildungsverhältnisse in Nordrhein-Westfalen, davon alleine 24.958 im Kammerbereich Düsseldorf (*lt. HWK Düsseldorf 2010*).

Das deutsche Handwerk ist mit seinen Ausbildungsbetrieben einer der wichtigsten Abnehmer von Absolventen allgemeinbildender Schulen. Es bietet hochwertige Qualifikationen in über 130 Berufen. In Zukunft hat das deutsche Handwerk einen immer höheren Bedarf an qualifizierten Fachkräften und Unternehmensnachfolgern.

Mit dem Positionspapier „PISA und die Folgen: Zehn-Punkte-Programm des Deutschen Handwerks zur Schulpolitik“ wurden Forderungen durch das deutsche Handwerk im Jahre 2002 erhoben, die von der jetzigen Landesregierung durchaus auch verfolgt werden.

Die Zielsetzung in der Bildungspolitik „kein Kind zurückzulassen“ wird ermöglichen in Nordrhein-Westfalen Bildungserfolg unabhängig vom sozialen Stand der Eltern zu erzielen.

Kindern mit Zuwanderungsgeschichte werden gleichberechtigte Chancen vorenthalten. Gleichzeitig sollen die Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Ländervergleich endlich über das Mittelmaß hinausgehen.

Deshalb will die neue Landesregierung ein sozial gerechtes und leistungsförderndes Schulsystem schaffen, das alle Talente nutzt, Verschiedenheit schätzt und wie gesagt kein Kind zurücklässt.

Bildung ist mehr als die Vermittlung von Wissen.

Bildung und Wissen sind elementare Bausteine für die Persönlichkeitsentwicklung und ein selbstbestimmtes Leben – jenseits ökonomischer Verwertbarkeit.

In die Schule gehören das Entdecken und Forschen, das Erleben von Natur und die sportliche Betätigung. Ebenso die Förderung der eigenen Gesundheit, die Medien- und Sprachkompetenz sowie die Förderung der kulturellen Fähigkeiten.

Jeder Mensch verfügt über Potenziale und Fähigkeiten, die erkannt, gefördert und entwickelt werden müssen – von Anfang an und ein Leben lang.

Kinder sind die Zukunft unseres Landes.

Jedes Kind, wie wir von UNICEF sagen

Die Landesregierung will mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Bildungschancen für alle Kinder erreichen. Sie will das Kinderrecht auf Bildung umfassend durchsetzen.

Auch wir als Bezirksregierung werden wieder verstärkt ausbilden und in Ansehung des demographischen Wandels viel tun müssen, um das Wissen der Gesellschaft, der Verwaltung zu bewahren. Dies gilt auch für die kommunale Verwaltung, denn

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
das Handwerk ist traditionell wichtigster Partner der Kommunen, bei der Gestaltung der Zukunft im Regierungsbezirk Düsseldorf. Die Verantwortung für den kommunalen aber auch regionalen Standort tragen beide gemeinsam. Die Handwerksbetriebe, die überwiegend lokal und regional tätig sind, ermöglichen mit ihrer Vielseitigkeit eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur. Von der baulichen Gestaltung des Städtebildes bis hin zur wohnortnahen Versorgung der Verbraucher. Ein leistungsstarkes Handwerk beeinflusst maßgeblich die Standortqualität und damit die Attraktivität für potenzielle Investoren!

Die Situation der Haushalte in den Kommunen im Regierungsbezirk Düsseldorf ist derzeit durch ein heterogenes Bild geprägt. Sie wissen, nur eine der zehn Großstädte, nämlich Düsseldorf, hat einen ausgeglichenen Haushalt.

Alle anderen sind verpflichtet, Haushaltssicherungskonzepte (HSK) aufzustellen. So kommen viele Kommunen auch bei den kreisangehörigen nicht umhin, ihre Gewerbesteuerhebesätze und oft auch die Gebühren für Sondernutzungen deutlich zu erhöhen. Dies ist ein belastender, aber in der Regel auch notwendiger Schritt.

Die Kommunen müssen im Rahmen ihrer Haushaltssicherungskonzepte alle vertretbaren Maßnahmen treffen, um selbst einen Ausgleich zu erreichen. Allerdings erfordern die Konsolidierungsbemühungen der Kommunen notwendige Unterstützungsmaßnahmen aus Land und Bund. Altschuldenhilfe des Landes, Übernahme von 50 % der Soziallasten durch den Bund sind dringende Schritte.

Eine Nothilfe des Landes und ein verändertes Umgehen mit den Maßgaben der §§ 75ff GONW, mittels Gesetzesänderung oder untergesetzlichen Regelungen sind durchaus zu erwarten, der Bund lässt auf sich warten...

Die Bezirksregierungen als Kommunalaufsicht sind dankenswerter Weise in den Diskussionsprozess des Landes einbezogen.

Grundlage des Handels ist die Überzeugung, dass die Verantwortung der Kommunen aus Artikel 28 GG erfordert, ihnen als kommunale Aufsicht in Augenhöhe zu begegnen und ihnen nach Möglichkeit die Handlungsfähigkeit zu geben, die die Gewährleistung der kommunalen infrastrukturellen Grundversorgung erfordert.

Wir beabsichtigen den Abschluss von längerfristigen Konsolidierungsvereinbarungen, die mehr Freiheiten z. B. bei der Personalwirtschaft oder Investitionen ermöglichen und somit auch der kommunalen Wirtschaft dienen, aber auch die Konsolidierungsverpflichtung festschreibt. Denn die Haushaltssituation der Kommunen wirkt sich natürlich negativ auf die Vergabe von Aufträgen an das kommunale Handwerk aus.

Die kommunalen Investitionen in ganz Deutschland noch nicht das Niveau von 2001 erreicht (*siehe: Gemeindefinanzbericht 2010*). Somit ist das Konjunkturpaket II eine Finanzierungshilfe. Die Kommunen konnten verstärkt Aufträge an das heimische Handwerk vergeben und außerdem Umwelt und Klima verbessern. Vereinfachte Vergaberichtlinien beschleunigen das Investitionsverfahren. So kann die Geschäftslage derzeit von den Handwerksbetrieben deutlich besser beurteilt werden als im Vorjahr. Verantwortlich dafür sind konjunkturelle Impulse, ausgelöst sowohl durch die Konjunkturpakete als auch von der wieder stärkeren Exportnachfrage.

Im Regierungsbezirk Düsseldorf stehen insgesamt 628 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung; davon 382 Mio. Euro für die Bildung und 246 Mio. für sonstige Infrastrukturmaßnahmen einschließlich Krankenhäuser.

Zu den Bildungsprojekten zählen Kindergärten, Schulen und Weiterbildungsstätten.

Die Infrastrukturmaßnahmen umfassen den Lärmschutz bei kommunalen Straßen, den Städtebau und die Informationstechnologien. Ein besonderes Schwergewicht bilden Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz, insbesondere die energetische Sanierung von Schulen.

Aktuell ergibt sich folgender Sachstand:

Die Fördermittel sind zu 95 % verplant. Alle Maßnahmen müssen bis zum 31. Dezember 2010 begonnen werden. Die Mittel sind zu rund 35 % an die Kommunen und Krankenhäuser ausgezahlt worden. Bis zum Ende des Jahres 2011 müssen alle Mittel geflossen und alle Maßnahmen beendet sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,
das Handwerk muss neue Wege gehen!

Die Globalisierung verlangt Veränderungen der Produktionsstrukturen.

Handwerkliche Fähigkeiten bieten immer noch die notwendigen Voraussetzungen. Management-Fähigkeiten sind jedoch die hinreichenden Bedingungen für florierende Handwerksbetriebe geworden. Auch in kleinbetrieblichen Strukturen gilt es, Schritt zu halten mit den technologischen und organisatorischen Entwicklungsprozessen. Personalstrategien sind erforderlich, die ein permanentes Lernen sicherstellen. Aus- und Weiterbildungskooperationen unter Einbeziehung der immer älter werdenden Belegschaft sind Flexibilitätsanforderungen in der Gegenwart und Zukunft.

Deutschland muss sich durch massive Energieeinsparungen, Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau Erneuerbarer Energien vom Export unabhängiger machen. In diesem Leistungsprozess ist das Handwerk der natürliche Partner. Im Handwerk wird repariert, in Stand gesetzt, gewartet und gepflegt. Zugleich werden die modernsten Umwelttechnologien vermittelt und installiert: Angefangen von innovativen Gebäudeisoliertechniken über Wärmepumpen bis hin zu automatisierten Energiesparsystemen für Gebäude.

Die Handwerksbetriebe verfügen über die notwendigen Fähigkeiten bei der Entwicklung und Beratung, der Umsetzung von Maßnahmen der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energien. Außerdem kann das Handwerk dazu beitragen, die Energiebereitstellung stärker als bisher zu dezentralisieren. Die Landesregierung will mittelständischen Unternehmen über ein spezielles Zertifizierungssystem die Möglichkeit geben, sich durch ein anerkanntes Label als „ressourceneffizienter Betrieb“ am Markt zu positionieren.

Meine Damen und Herren,
ich möchte natürlich das Thema Luftreinhaltepläne und Umweltzonen nicht stillschweigend aussparen. Gerade hier in Düsseldorf kennen Sie die Debatte.
Der Stand lässt sich wie folgt zusammenfassen

- Der LRP Ruhrgebiet wird bis Mitte 2011 fortgeschrieben.

- Unterschiedliche Regelungen zu Umweltzonen werden im Laufe des Jahres 2011 harmonisiert. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Planungssicherheit für Bürger und Wirtschaft.
- Einheitliche Ausnahmeregelungen für Umweltzonen sind Bestandteil des Prozesses.

Ziel ist es, in allen Belangen verantwortbare Entscheidungen zu treffen und dabei den Wirtschaftsverbänden die erforderliche Investitions- und Planungssicherheit zu geben.

Ich hebe hervor, dass die Verbesserung der Luftqualität ein wichtiges Ziel der Umweltpolitik ist, denn hier geht es um Gesundheitsschutz für die Bevölkerung insbesondere in den Ballungsräumen. Die EU hat hierzu ehrgeizige Ziele und Fristen gesetzt; die Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid sind gesundheitsbezogen abgeleitet. Die EU-Kommission fordert von den Mitgliedstaaten, alle verfügbaren und verhältnismäßigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Grenzwerte zu erreichen.

Negative gesundheitliche Effekte von Feinstaub und Stickstoffdioxid (Herz-Kreislauf Erkrankungen, Atemwegserkrankungen, Lungenfunktionsstörungen, höhere Sterblichkeit) sind durch zahlreiche internationale Studien eindeutig belegt. Zur Verbesserung der Immissionssituation sind, wie Sie wissen, in NRW zahlreiche Luftreinhaltepläne aufgestellt worden und werden fortgeschrieben. In den Luftreinhalteplänen werden Minderungsmaßnahmen (u. a. Umweltzonen) festgeschrieben.

Bei Feinstaub PM 10 sind seit Inkrafttreten der Luftreinhaltepläne deutliche Erfolge zu verzeichnen. Der EU-Jahresmittelwert ($40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) wird bereits überall eingehalten. Im Gegensatz dazu bereiten die Stickstoffdioxid-Belastungen (NO_2) noch Probleme: Bis Ende 2010 / Ende 2011 werden 15 neue Luftreinhaltepläne für PM 10 und vorwiegend NO_2 aufgestellt.

Ich weiß um die Sorgen des Handwerks bezüglich der Veränderungen in den Ausnahmeregelungen zum Anfang nächsten Jahres. Ich darf Ihnen versichern, dass es einvernehmliche verträgliche Lösungen geben wird. Diese werden sich an den Vorschlägen auf Bundesebene orientieren.

Sie sollen soziale/wirtschaftliche Härten mildern.
Allerdings bedarf es auch weiterer gesetzlicher Vorgaben.

Mehr als ein Drittel des in Deutschland entstehenden CO₂ werden in NRW emittiert. NRW als Energieland kommt deshalb bei der Erfüllung der deutschen Klimaschutzziele eine besondere Verantwortung zu. Zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele (minus 40 % bis 2020) und (minus 80 - 95 % bis 2050) muss NRW seinen Beitrag leisten. Dazu müssen die CO₂-Emissionen von NRW bis 2020 um mindestens 25 % gegenüber 1990 reduzieren.

Um hier ein einheitliches und zukunftsfestes Planungsrecht für NRW zu schaffen, werden LEPro und LEP (Landesentwicklungsplan) inhaltlich zusammengefasst und als Gesetz verabschiedet und § 26 wieder eingefügt;
d. h. umweltverträgliche Energieversorgung, der Einsatz Erneuerbarer Energien und die Ausschöpfung der Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung als Ziele der Landesentwicklung.

Die Beteiligungsmöglichkeiten werden bereits bei der Erarbeitung über die gesetzlichen Vorgaben hinaus verbessern, um frühzeitig Akzeptanz zu schaffen. Als zentrales Element für die Neuausrichtung der Klimaschutz- und Energiepolitik in NRW wird ein Klimaschutzgesetz verabschiedet werden, in dem verbindliche Klimaschutzziele für NRW festgelegt werden.

Eine solch nachhaltige Landesplanung soll u. a. die Voraussetzungen für eine ausreichende, sichere, Klima und umweltverträgliche und möglichst preisgünstige Energieversorgung erhalten oder schaffen und die Errichtung von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien begünstigen. Klimaverträglichkeit und Energieeffizienz sollen optimal umgesetzt werden. Dies gilt z.B. für Energieerzeugung, Ansiedlungsplanung und Verkehrsplanung gleichermaßen.

Das sind Planungsziele in denen sich die innovative Kraft des Handwerks spiegeln kann.

Sie sind für die Planungssicherheit des Handwerks von hoher Bedeutung und führt zur Stärkung handwerklicher Strukturen im regionalen Wirtschaftsgefüge

Auch weitere energiepolitische Ziele können Ihnen nutzen:

- Zur Verbesserung des Energienutzungsgrades und aus Klimaschutz- und Umweltgesichtspunkten sollen die Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Nutzung industrieller Abwärme ausgeschöpft werden.
- Regionale und örtliche Energieversorgungskonzepte, die den Klimaschutzziele dienen, sollen verstärkt entwickelt werden.

Denn die Chancen regionaler Wertschöpfung sind hier bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Meine Damen und Herren,

auch in der heutigen Zeit der Globalisierung wird das Handwerk ein Wirtschaftsbereich bleiben, dessen Produkte und Leistungen überwiegend auf einen wohnortnahen Markt treffen. Wir brauchen in allen ökonomischen Räumen Deutschlands eine feste regionale Wirtschaftsstruktur, von denjenigen geschaffen wird, die regional verwurzelt sind. Da spielt das Handwerk eine ganz entscheidende Rolle.

Der Bund und das Land müssen daher aktive Regionen schaffen, sie stärken und unterstützen.

Für die Förderung von Wachstum, Investitionen, Produktivität und Beschäftigung liegen immer mehr Ansatzpunkte in den Produktionsfaktoren „hochwertige menschliche Arbeit“ und „Kapital“ sowie im „technischen Fortschritt“, oder kurz ausgedrückt, in den Innovationen. Innovationen lassen sich weder vorausplanen noch in irgendeiner Weise anordnen.

Wir brauchen eine innovative Gesellschaft mit Kreativität und analytischem Denkvermögen, die auch ein positives Bild von der mittelständischen-unternehmerischen Tätigkeit hat. Die Region, der es gelingt, die Infrastruktur zu schaffen, um Informationen, also Wissen, schnell und zielgenau zu transportieren, wird sich in Zukunft als Innovationsstandort profilieren können. Der Wirtschaftsstandort Regierungsbezirk Düsseldorf soll im Wettbewerb der Standorte in der ersten Liga, in der der Metropolregionen bestehen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die deutsche Wirtschaft und das regionale Handwerk sind wettbewerbsfähig und leistungsstark. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks berichtet über positive Geschäftstätigkeiten. Umsatz- und Auftragsmeldungen sind aufwärts gerichtet. Die Betriebsauslastung und die Auftragsreichweiten sind angestiegen. Bau- und Ausbauhandwerke übernehmen Schrittmacherfunktion. Eine Belebung bei Zuliefnern ist festzustellen und die Erwartungen im Handwerk sind weiterhin zuversichtlich.

Unternehmerisch denkende und handelnde Pioniere im Mittelstand sind unerlässlich für eine moderne Volkswirtschaft. Wachstum und Innovation, Wohlstand und Beschäftigung sind ohne eigenverantwortliche Initiativen nicht denkbar.

Die nordrhein-westfälischen Unternehmen werden ihre sehr gute Stellung auf den nationalen und internationalen Märkten nur mit innovativen Produkten erhalten können. Nordrhein-Westfalen braucht eine Innovationskultur, die von Wirtschaft und Wissenschaft getragen ist. Es braucht den Brückenschlag zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen, dem Handwerk und der Forschung. Im ländlichen Räumen und in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf muss die lokale Ökonomie gestärkt werden.

Es muss auch verstärkt in Qualifizierungen zur Existenzgründung im Bereich von Einzelhandel oder stadtteilbezogenen Dienstleistungen zur Verbesserung der Nahversorgung investiert werden

Und auch.

- betriebliche Modernisierung, Beratungsangebote durch regionale Unternehmensnetzwerke ausgebaut werden.
- und darauf hingewirkt werden, dass Gründungsprozesse beschleunigt werden und sich das Gründungsklima in NRW verbessert.

Im Krisenjahr 2009 gab es mit 410.000 Existenzgründungen einen Anstieg von 3 % gegenüber dem Vorjahr. Sechs von zehn Gründern kamen aus der Arbeitslosigkeit. Bei schlechter Wirtschaftslage und hoher Arbeitslosigkeit steigt das Interesse an Selbständigkeit natürlich durch die Existenznot.

Meine Damen und Herren,

Eine zukunftsorientierte Bezirksregierung braucht den Dialog zwischen Unternehmen und Verwaltungen. Er muss stetig angeregt werden. Denn eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen diesen Partnern ist die einfachste und beste Standortpolitik. Hierzu gehört z. B. die gelebte Zusammenarbeit zwischen der Handwerkskammer Düsseldorf und dem zuständigen Dezernat für berufliche Bildung meines Hauses herausstellen

Der Staat muss sich als Dienstleister verstehen. Meine Behörde ist auf gutem Weg zum managementorientierten Dienstleistungszentrum. Wir haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die zu mehr Kundenorientierung und Effizienz in der Verwaltung führen:

Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, Betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, Wettbewerb und Public Private Partnerships auf verschiedenen Gebieten haben unsere Behörde leistungsfähiger und kostengünstiger gemacht. Die Verwaltung ist ziemlich nahe an der Gesellschaft und der Wirtschaft. Entsprechend dem credo der Landesregierung sind wir stets auch beratungsbereit.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Handwerk benötigt klare gesetzliche Rahmenbedingungen,

eine gesicherte kommunale und regionale Infrastruktur,

ein Gemeinwesen, das um seine Zukunftsverantwortung weiß,

Planungssicherheit garantiert und ein transparentes, rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet.

Dies zu sichern bin ich gerne unterwegs und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank!